

# Eine neue Realität

Es bedurfte einer weltweiten Finanzkrise, um deutlich zu machen, wie schlecht es eigentlich seit langem um das besondere Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland steht. Während Deutschland sich in den letzten Jahren wirtschaftlich konsolidierte und sich damit auch weiter politisch emanzipierte, hat Frankreich weiter mit wachsenden Schulden gelebt und Politik mehr oder weniger nach alten Handlungsmustern betrieben. Die stark ausgeprägte ethnozentrische Kultur der Franzosen hat sie daran gehindert, den „*cross-cultural change*“ der deutschen Politik und Medien richtig wahrzunehmen. So kommt es, dass zunehmend deutsche Alleingänge und Blockaden vom politischen Frankreich offensichtlich immer als eigene Prärogative (miss)verstanden werden und die eigene, sehr lange Liste dazu ignoriert wird.

Diese Methode der deutschen Politik, den Konkurrenten mit den eigenen Waffen zu „schlagen“, und das wachsende (Un)gleichgewicht – je nach Ausgangslage – zwischen beiden Nationen macht eine konstruktive Verständigung immer schwieriger. Mit einer wirklichen politischen Union in Europa, die diesen Namen auch verdient, hätten wir heute auch eine gemeinsame Steuer- und Finanzpolitik in der Eurozone und damit die Grundlage für einen Rettungsfonds aus Steuergeldern, wie ihn die Franzosen in dieser Situation favorisieren, weil sie die Vorteile des Gemeinschaftssinns für sich wieder erkannt haben. Dass es dazu nicht gekommen ist, hat Deutschland nicht zu verantworten. Schließlich bestand Frankreich darauf, die von Deutschland stets geforderte Reihenfolge – erst die Union und dann der Euro – bei der sich damals abzeichnenden Wiedervereinigung als Faustpfand umzukehren. Im Nachhinein hat sich Frankreich damit keinen guten Dienst erwiesen und das ganze europäische Gefüge aus kurzfristigen egoistischen Interessen einer ersten richtigen Zerreißprobe ausgesetzt.

Nicht zuletzt, weil der Euro mit dem Stabilitätspakt, nach Jahren einer Schönwetterperiode vor allem für die EU-Mittelmeerländer, heute den französischen Schuh mehr drückt und die Europäische Zentralbank (EZB) deshalb als Sündenbock herhalten muss. Man könnte glauben, dass man in Frankreich die inflationistischen Zeiten und die jährlichen Attacken auf den Franc – gegen die sich Unternehmen regelmäßig mit teuren Kurssicherungsgeschäften absichern mussten – vergessen hat. Man kann nicht „*die Butter und das Geld für die Butter*“ haben („*vouloir le beurre et l'argent du beurre*“, wie die Franzosen zu sagen pflegen). Verfechter der EZB-Linie können nur noch hoffen, dass auf deutscher Seite höchste Wachsamkeit und Hartnäckigkeit herrscht, damit die solide supranationale Institution nicht politisch instrumentalisiert wird.

Die eine, offene (Finanz)Krise hat bewirkt, dass die andere, verdeckte (deutsch-französische) Krise in ihrer Dimension nicht mehr guten Gewissens von den Politikern und Medien auf beiden Seiten des Rheins unter den Teppich gekehrt werden kann. In beiden Fällen ist in unterschiedlichem Maße Vertrauen verspielt worden. Seine Wiederherstellung wird ein sehr langwieriges Unterfangen sein, das nur von anderen Akteuren mit einer anderen Kultur in einem Meinungsbildungsprozess zu bewerkstelligen ist. Der dazu notwendige mentale „*turnaround*“ ist erst erreicht, wenn sich in Politik und Medien überhaupt eine andere „*cross-cultural awareness*“ durchgesetzt hat, damit die Dinge im deutsch-französischen Verhältnis beim richtigen Namen genannt werden und Illusionen und Chimären einer neuen Realität in den gegenseitigen Beziehungen Platz machen.

Ende gut, alles gut: Vielleicht hat diese Krise tatsächlich die nötige Schubkraft für die unvermeidlichen Veränderungsprozesse in beiden Fällen.

Alexander von Bismarck